

Klimaanpassung und Gesundheit

Hat Klimaresilienz gerade keine Priorität?

Der Klimawandel bringt erhebliche Belastungen für die menschliche Gesundheit mit sich. Daher steht auch der Gesundheitssektor vor der Herausforderung, sich an den Klimawandel anzupassen. Allerdings ist das Gesundheits- und Pflegesystem in einem krisenbedingten Umbruch – nicht zuletzt aufgrund des gravierenden Fachkräftemangels. Wie kann vor diesem Hintergrund Klimaschutz im Gesundheitssektor gelingen?

Von Dorothea Baltruks

Der Klimawandel bringt unermessliches Leid für Menschen weltweit – das wissen wir alle, doch im Kontext der aktuellen Kriege, politischen Zerwürfnisse und Anschläge auf unsere Demokratie hat er es gerade schwer, sich beim Aufmerksamkeitswettbewerb unserer krisenmüden Gesellschaft durchzusetzen. Im Gesundheitswesen, das mit diesem Leid im Ernstfall umgehen muss, gibt es bei diesem Wettbewerb von der Krankenhausreform bis zu den Finanzlöchern der gesetzlichen Krankenversicherung ebenfalls oft überlegene Kontrahenten.

Extremwetter trifft auf Schönwettersystem

Der Handlungsbedarf im Gesundheitswesen ist allerdings groß: Laut Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen ist es ein „Schönwettersystem“, das weder auf die Folgen des Klimawandels noch zukünftige Pandemien ausreichend vorbereitet ist (SVR 2023). Dabei ist in den meisten Kliniken und Praxen längst angekommen, dass die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse spürbar gestiegen ist und unerwartet Leib und Leben bedrohen kann. Besonders die häufiger und intensiver werdenden Hitzewellen sind vor allem für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Schwangere, Babys, Vorerkrankte, Menschen

ohne Obdach oder in schlecht isolierten Wohnungen, urbanen, kaum begrünten Gebieten, sowie Menschen, die im Freien arbeiten, eine Gesundheitsgefahr und verkürzten im Hitzesommer 2018 das Leben von 8.300 Menschen in Deutschland (Winklmayr et al. 2023). Das sind fast dreimal so viele Menschen wie 2023 bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen (Destatis 2024).

Gesundheitliche Folgen des Klimawandels

In unserer repräsentativen Umfrage unter 20.000 Ärzt/innen im Jahr 2022 gaben 60% an, bereits gesundheitliche Auswirkungen von Hitzewellen bei ihren Patient/innen zu beobachten (Baltruks et al. 2022). Viele engagierte Personen und Einrichtungen haben in den letzten Jahren Pläne, Strategien und Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Bevölkerung besser vor Hitze zu schützen – vom Nationalen Hitzeschutzplan des Bundesgesundheitsministeriums bis zu den Musterhitzeschutzplänen und Schulungsmaterialien des sektorenübergreifenden Hitzeschutzbündnisses Berlin (2024). Am Hitzeaktionstag werfen viele Initiativen und Einrichtungen in ganz Deutschland ein Schlaglicht auf den Hitzeschutz.

Die zunehmenden Hitzeperioden sind für die Gesundheit unserer Bevölkerung (die relativ alt, relativ ungeübt in

der Hitzeanpassung und zu einem großen Teil in Städten, die sich besonders stark aufheizen, lebt) also besonders gefährlich. Doch auch auf akute Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, Starkregen und Stürme, die durch den Klimawandel häufiger und heftiger werden, müssen wir uns besser vorbereiten: durch eine resilientere Infrastruktur und Katastrophenschutzmaßnahmen, aber auch in der Risikobewertung von Einrichtungen, die für vulnerable Menschen Verantwortung tragen. Erinnern wir uns an den tragischen Fall eines Hauses der Lebenshilfe in Sinzig, das durch die Flut im Ahrtal 2021 erfasst wurde, wobei zwölf Bewohner/innen mit geistiger Behinderung ums Leben kamen. Vier Kliniken, über 100 Arztpraxen, mehr als 60 Apotheken und zahlreiche Pflegeeinrichtungen wurden bei der Flut beschädigt (Augustin et al. 2023). Eine Überlastung der Versorgungskapazität kann also auch zusätzlich zu sowie in Wechselwirkung mit Störungen der Funktionalität von Einrichtungen eintreten.

Diese Effekte können noch lange nach dem akuten Ereignis erheblich sein, vor allem in Bezug auf die psychische Belastung durch ein traumatisches Ereignis, die damit einhergehenden materiellen Verluste und den oft langwierigen Wiederaufbau (Butsch et al. 2023). Eine Auswertung von stationären und ambulanten Abrechnungsdaten einer Krankenversicherung zeigt eine deutliche Zunahme von psychischen Störungen (vor allem emotionalen Störungen des Kindesalters, Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen, Missbrauch von Opioiden) in der lokalen Bevölkerung nach der Flut im Ahrtal (ebd.).

Gesundheitssystem im Dauerkrisenmodus

Damit kommen wir zu einem essenziellen Problem: Klimawandelfolgen treffen auf ein Gesundheits- und Pflegesystem mit gravierendem und zunehmendem Fachkräftemangel, das krisenbedingt gewachsene und veränderte Versorgungsbedarfe nicht adäquat decken

kann. Ein Beispiel ist die psychotherapeutische Versorgung, die in Deutschland bereits jetzt unzureichend ist, was sich in den bekannten langen Wartezeiten zeigt (Wissenschaftliche Dienste 2022). Zur Klimaanpassung des Gesundheits- und Pflegesystems gehört also vor allem die Stärkung der Kapazitäten des Gesundheitssystems, wofür es entsprechende Anreize und Koordination braucht. Gleichzeitig müssen Gemeinden befähigt werden, Gesundheitsrisiken, die durch Extremwetterereignisse entstehen, wirksam vorzubeugen und angemessen auf sie zu reagieren (SVR 2023).

Deutschland hat im Jahr 2023 endlich ein Klimaanpassungsgesetz auf Bundesebene bekommen. Zwar sind viele Aspekte der Klimaanpassung Ländersache, doch eine Bundesrahmengesetzgebung soll helfen, sich auf gemeinsame Ziele und einen gemeinsamen Fahrplan zu verständigen – ganz analog zum Klimaschutzgesetz (KSG). Gesundheit und Pflege finden als eigenes Cluster immerhin Erwähnung im Anpassungsgesetz, für Details müssen wir uns noch bis zur Veröffentlichung der neuen Klimaanpassungsstrategie gedulden.

Sektorenübergreifender Gesundheitsschutz

Gesundheitsschutz findet natürlich zu einem erheblichen Teil außerhalb des Gesundheitssektors statt, indem andere Politik- und Wirtschaftsbereiche die wirtschaftlichen, sozialen, infrastrukturellen und ökologischen Rahmenbedingungen für unsere Gesundheit maßgeblich beeinflussen. Viele notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen liegen daher in anderen Politikbereichen. Beispiele sind das betriebliche Gesundheitsmanagement und der Arbeitsschutz, der insbesondere für Menschen, die im Freien oder in schlecht isolierten Räumlichkeiten arbeiten, verbessert werden sollte – von Erntehelfer/innen über Pflegekräfte bis hin zu Paketlieferant/innen. Dazu kann die Bereitstellung von kühlen, schattigen Plätzen zumindest für Pausen gehören, die Flexibilisierung

von Arbeitszeiten (falls dies mit der Beschäftigung sowie Care-Arbeit vereinbar ist), Hitzeaktionspläne in den Betrieben, Schutzmaßnahmen für besonders vulnerable Beschäftigte sowie Schulungen von Arbeitnehmer/innen (Bühn und Voss 2023).

Eine wichtige Lehre aus der Covid-19-Pandemie ist der Umgang mit Fehl- und Desinformationen, welche zum Teil gezielt aus dem Ausland gesteuert werden und unter anderem durch soziale Medien das Wissen und die Wahrnehmung der Bevölkerung bezüglich der Krisensituation, Maßnahmen und Risiken, aber auch das Vertrauen in staatliche Institutionen beeinflussen (SVR 2023). Dazu kommen oft ungeklärte Verantwortlichkeiten, fehlende Ressourcen und Defizite in der Krisenkommunikation seitens Politik und Behörden, die dieses Vertrauen ebenfalls schwächen können.

Sozial gerechter Klimaschutz ist unabdingbar

Wir müssen uns dringend an die bereits erfolgten beziehungsweise nicht mehr aufzuhaltenden Klimaveränderungen anpassen, um menschliches Leid gering zu halten. Das erfordert zügige Umsetzung effektiver Schutzkonzepte auf allen Ebenen. Aber diese Anpassung hat physiologische, wirtschaftliche und politische Grenzen, was effektiven, sozial gerechten Klimaschutz auch für die Anpassung unabdingbar macht.

Literatur

- Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin (2024): Musterhitzeschutzpläne. <https://hitzeschutz-berlin.de/hitzeschutzplaene>
- Augustin, J. et al. (2023): Auswirkungen des Ahrtal-Hochwassers auf die Gesundheit der lokalen Bevölkerung – eine Analyse auf Grundlage von GKV-Routinedaten. *Bundesgesundheitsblatt* 2024 67 (5): 5–13. DOI: 10.1007/s00103-023-03809-x
- Baltruks, D. et al. (2022): Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit unter Ärzt*innen und Führungskräften im Gesundheitswesen braucht Unterstützung. Berlin, Centre for Planetary Health Policy.
- Bühn, S./Voss, M. (2023): Klimawandel und Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Berlin, Centre for Planetary Health Policy.

Butsch, C. et al. (2023): Gesundheitliche Auswirkungen von Extremwetterereignissen – Risikokaskaden im anthropogenen Klimawandel. In: *Journal of Health Monitoring* 8/S4. DOI: 10.25646/11646.2

Destatis (2024): Pressemitteilung Nr. 261 vom 5. Juli 2024 – Durchschnittlich 8 Tote und 1004 Verletzte pro Tag im Straßenverkehr im Jahr 2023. www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_261_46241.html

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) (2023): Resilienz im Gesundheitswesen: Wege zur Bewältigung künftiger Krisen. Gutachten 2023. Berlin, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Winklmayr, C. et al. (2023): Auswirkungen des Klimawandels auf nicht-übertragbare Erkrankungen und die psychische Gesundheit – Teil 2 des Sachstandsberichts Klimawandel und Gesundheit 2023. In: *Journal of Health Monitoring* 8/S4. www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloads/J/HealthMonit_2023_S4_Sachstandsbericht_Klimawandel_Gesundheit_Teil2.pdf?__blob=publicationFile

Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2022): Wartezeiten auf eine Psychotherapie. www.bundestag.de/resource/blob/916578/53724d526490deea69f736b1fda83e76/WD-9-059-22-pdf-data.pdf

AUTORIN + KONTAKT

Dorothea Baltruks leitet den Bereich Wissenschaft und Politik am Centre for Planetary Health Policy.

Centre for Planetary Health Policy,
Cuvrystr. 1, 10997 Berlin. Tel.: +49 152 08066938,
E-Mail: dorothea.baltruks@cphp-berlin.de